

Im Gesamtergebnis wird zum jetzigen Zeitpunkt mit einer Verbesserung von rund 3,3 Mio. € gegenüber der originären Planung 2019 gerechnet. Demnach wird das Haushaltsjahr 2019 voraussichtlich mit einem positiven Ergebnis von ca. 1,5 Mio. € abschließen.

Das geplante Jahressoll der Gewerbesteuer von 16 Mio. € wird durch die derzeitige Veranlagung in Höhe von 26,8 € um ca. 10,8 Mio. € überschritten. Dieses Gewerbesteueraufkommen resultiert überwiegend aus einem Einmaleffekt einer Nachveranlagung für zurückliegende Jahre in Höhe von 7,639 Mio. €. Hinzukommen Nachforderungszinsen in Höhe von 1,94 Mio. € (unter Pos. 7 sonstige ordentliche Erträge). Zum jetzigen Zeitpunkt ist es jedoch ungewiss, ob diese Forderungen bestehen bleiben werden, weil der Steuerpflichtige Einspruch beim Finanzamt erhoben hat. Aus diesem Grund wird unter der Position 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen eine 90 %ige Wertberichtigung auf die Forderungen (=8,640 Mio. €) vorgenommen. Gleichzeitig sind Erstattungszinsen für eine mögliche Rückzahlung der Gewerbesteuer einkalkuliert, korrespondierend zur Wertberichtigung in Höhe von ca. 137 t €.

Im laufenden Jahr können sich Änderungen aufgrund verschiedener Einflussfaktoren ergeben, so dass es sich bei der hier angenommenen Abbildung des Sachverhaltes, um eine vorsichtig eingeschätzte Momentaufnahme handelt.

Alle anderen Ertragspositionen weisen derzeit keine größeren Abweichungen auf.

Insgesamt steigen die ordentlichen Erträge gegenüber der Planung 2019 von rund 59,5 Mio. € auf 72,3 Mio. €.

Die ordentlichen Aufwendungen werden voraussichtlich 9,76 Mio. € über dem geplanten Ansatz von 61,3 Mio. € liegen. Neben der Wertberichtigung und den Erstattungszinsen für Gewerbesteuer (8,777 Mio. €), steigt im Bereich der Transferaufwendungen die Gewerbesteuerumlage und der Fonds Deutsche Einheit um 1,5 Mio. € gegenüber der originären Planung.

Die Personalaufwendungen werden aufgrund verzögerter Stellennachbestzungen um 280 T € sinken, wohingegen die Versorgungsaufwendungen durch eine höhere Umlage an die Rheinischen Versorgungskasse 120 T € über dem geplanten Ansatz liegen werden. Im Bereich der Asylleistungen wird der Ansatz nach jetzigem Stand um 115 T € unterschritten.

Hinweis zum Ergebnis 2018: Durch die laufenden Jahresabschlussarbeiten insbesondere der noch ausstehenden Nachkalkulationen im Bereich des gemeinsamen Bauhofes und der Gebührenhaushalte, kann sich das voraussichtliche Jahresergebnis 2018 verändern.